



## DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Registrier-Nummer: 01899093062-43

Jänner 2010

### Konsultation über die künftige EU Strategie 2020

#### Die Armutskonferenz/EAPN Austria

Die Armutskonferenz ist ein Netzwerk von mehr als 30 sozialen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Selbstorganisationen Betroffener und regionaler Armutnetzwerke.

Als Lobby derer, die keine Lobby haben, ist sie seit 15 Jahren aktiv, um Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich zu thematisieren und eine Verbesserung der Lebenssituation Betroffener zu erreichen.

Als Teil des Europäischen Antiarmutnetzwerks EAPN ist sie auch darum bemüht, EU-Politiken mit zu gestalten und sicher zu stellen, dass die Anliegen und Lösungsvorschläge zivilgesellschaftlicher Organisationen und nicht zuletzt auch von Menschen mit Armutserfahrungen auf nationaler und EU-Ebene gehört und umgesetzt werden.

#### Grundlegende Anmerkungen zum Arbeitspapier

Die Entwicklung einer neuen Vision und neuer Prioritäten für die Politik der Europäischen Union ist nicht erst aber vor allem auch in Zeiten der Krise von größter Notwendigkeit.

Umso enttäuschter muss nach Lektüre des Arbeitspapiers zur Kenntnis genommen werden, dass der klare Wille für eine stärkere soziale Ausrichtung der Union und die dafür notwendigen tiefgehenden Transformationsprozesse nach wie vor fehlt. Eine Zukunftsstrategie für eine EU 2020, welche die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung und die Stärkung sozialer Gerechtigkeit nicht ins Zentrum stellt, lässt einmal mehr die brennenden Zukunfts- (und Gegenwarts-)fragen von mindestens 80 Millionen Menschen in Einkommensarmut außer Acht.

Auf dem Weg zu einem sozialen und nachhaltigem Europa darf nicht länger der Markt, sondern müssen gesellschaftliche Entwicklungen als Ganzes im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, aus BürgerInnen mit vollen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rechten dürfen nicht bloße ArbeitnehmerInnen oder KonsumentInnen werden.

Eine bloß leichte Adaptierung der bisherigen Wachstumsstrategie, ergänzt um einige „grüne“ und „soziale“ Elemente deutet auf „mehr vom selben“ anstelle des notwendigen tiefgreifenden Wandels hin. Wachstum allein, so haben die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte gezeigt, trägt nicht automatisch zur Steigerung der Lebensqualität aller und Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei.

Um die allen Menschen zustehende umfassende Lebensqualität auch und gerade in Zukunft garantieren zu können, braucht es eine umfassende Vision eines sozialen und nachhaltigen Europas und die Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Verringerung von Armut und wachsender Ungleichheit sowohl europa- als auch weltweit.

Anton-Proksch-Institut  
Arbeiter Samariter Bund Österreich  
ARGE MigrantInnenberatung Österreich  
Autonome Österreichische Frauenhäuser  
ASB Schuldnerberatungen GmbH  
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe  
Bundesdachverband für Soziale Unternehmen  
Caritas Österreich  
Dachverband Berufliche Integration  
Diakonie Österreich  
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung  
Evangelische Akademie Wien  
Forum Kirche und Arbeitswelt  
Die Heilsarmee  
Katholische Aktion der Erzdiözese Wien  
Katholischer Familienverband Österreichs  
Katholische Frauenbewegung Österreichs  
Katholische Sozialakademie Österreichs  
Kolping Österreich  
Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen  
Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit  
Österreichische HochschülerInnenschaft  
Österreichische Plattform für Alleinerziehende  
Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen  
Österreichischer Gewerkschaftsbund / Frauenabteilung  
Österreichischer Verein für Drogenfachleute  
pro mente austria  
SOS Mitmensch  
St. Virgil Salzburg  
TelefonSeelsorge  
Vertretungsnetz:  
Sachwalterschaft, Patienten-anwaltschaft & Bewohnervertretung  
Volkshilfe Österreich  
Wiener Hilfswerk  
Regionale Armutnetzwerke  
• Salzburg  
• Oberösterreich  
• Kärnten

## Konkrete Vorschläge

Im Zentrum einer EU 2020 Strategie sollen deshalb die folgenden Schritte und Maßnahmen stehen:

- Armut, soziale Ausgrenzung und wachsende sozio-ökonomische Ungleichheit müssen als zentrale Herausforderungen identifiziert und benannt werden.
- Quantitative Ziele für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit auf EU und nationaler Ebene sind zu setzen. Die Messung von Lebensqualität und Lebensstandard muss EU-weit und in den Mitgliedsländern über das Bruttonationalprodukt hinausgehen.
- Effektive Strategien zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und zur Reduzierung sozio-ökonomischer Ungleichheit sind unter Beteiligung aller relevanter Akteure, einschließlich Menschen mit Armutserfahrungen zu entwickeln.
- Eine adäquate monetäre Mindestsicherung für alle in Europa lebenden Menschen ist zu sichern.
- Die Bedeutung qualitätvoller mit Rechten und existenzsichernden Löhnen ausgestatteter Arbeitsplätze ist zu unterstreichen.
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und soziale Dienstleistungen sind in ihrer spezifischen Natur anzuerkennen. Der Zugang aller BürgerInnen zu qualitätvollen sozialen Dienstleistungen und Gütern (Bildung, Gesundheit, Wasser, Verkehr) ist zu sichern.
- Armutsbekämpfungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung sind eng miteinander zu verbinden.
- Die Verringerung sozio-ökonomischer Ungleichheit durch entsprechende Sozial- und Steuerpolitik ist voranzutreiben.
- Wirtschaftliche, soziale, ökologische und Beschäftigungsentwicklung sind als gleichberechtigte Säulen in eine Zukunftsstrategie zu integrieren.

## Stärkung zivilgesellschaftlicher Teilhabe und Mitsprache

Im Sinne der Stärkung zivilgesellschaftlicher Teilhabe und Mitsprache und unterwegs zu einer EU der BürgerInnen ist die kurze Frist der vorliegenden Konsultation zu kritisieren.

Weder auf nationaler Ebenen noch im Europäischen Parlament können auf diese Weise die notwendigen substantiellen Debatten geführt werden, von einer weitgehenden Einbeziehung der BürgerInnen kann so keine Rede sei.

Eine Ausweitung des Konsultationsprozesses ist deshalb unumgänglich, wenn tatsächlich alle relevanten Stakeholder, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen und Menschen mit Armutserfahrungen, ernsthaft in die Debatte um die zentralen Zukunftsfragen ihres Lebensraums einbezogen werden sollen.

### Kontakt:

Michaela Moser, DIE ARMUTSKONFERENZ,  
Gumpendorferstr. 83, 1060 Wien,  
[michaela.moser@armutskonferenz.at](mailto:michaela.moser@armutskonferenz.at);  
[www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)